

gekauft Allgemeine vom 09.08.98

Prozeß wegen Kindesmißbrauch ausgesetzt

Berufungsverhandlung: Amtsgericht Büdingen hatte zwei Jahre und neun Monate verhängt – Angeklagter bestreitet Taten

Büdingen/Gießen (ha). Das Berufungsverfahren wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern gegen den 33jährigen Büdinger Andreas K. ist gestern nach nur wenigen Verhandlungsminuten vor dem Giesener Landgericht ausgesetzt worden. Ein neuer Termin muß anberaumt werden. Der Elektroinstallateur K. war Anfang des vergangenen Jahres vom Amtsgericht Büdingen zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und neun Mona-

ten verurteilt worden. Die Richter waren überzeugt, daß sich der Mann an Kindern vergangen hatte. Die Opfer – ausnahmslos Jungen – waren zur Tatzeit zwischen sieben und 13 Jahren alt. Andreas K. beteuert seine Unschuld. Er legte gegen das Büdinger Urteil Berufung ein. Und suchte als ihm gestern offenbar goldene Brücken zu einer Bewährungsstrafe gebaut werden sollten, lehnte der Angeklagte ab. Er will, daß noch verhandelt wird.

Wegen des multiplen Mißbrauchs seien K. wenige der sehr wahrscheinlich vielen verurteilten Taten nachzuweisen, schrieben die Richter vom Amtsgericht in ihre Urteilsbegründung. Gestern verlesen wurde.

Verurteilung erging wegen Taten zwischen 1993 und 1995. Der Angeklagte war damals ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätig. Nicht ahnend, was die Kinder in der Wohnung des Mannes erwarten sollten, brachten die Kinder ihre Söhne selbst bei K. vorbei. K. wurde auch gebeten, Nachhilfunterricht zu erteilen, was bereitwillig zugesagt habe.

Jungen übernachteten in der Wohnung des Angeklagten, seinerseits darum bat, die Kinder gemeinsam bei ihm in der Wohnung schlafen zu lassen, damit sie miteinander spielen könnten. Dabei, so die Erzählung der Büdinger Richter, faßte er die Jungen

unter anderem unsittlich an, nahm sexuelle Handlungen an ihnen vor und befriedigte sich im Angesicht der Kinder selbst.

Die Kriminalpolizei fand in besagter Wohnung

eine große Zahl pornografischer Videokassetten und Computerspiele mit der selben Thematik.

Im Büdinger Prozeß waren die Jungen, die mißbraucht wurden, als Zeugen aufgetreten. Für den Prozeß vor der Jugendkammer am Giesener Landgericht waren sie alle wieder geladen. Drei Verhandlungstage waren angesetzt.

Der Vorsitzende Richter, Dr. Rüdiger Nierwetberg, bat die Prozeßbeteiligten nach Verlesung des ersten Urteils um Richtigkeitsantrag. Er habe nicht die Zeit gefunden, sich auf das Verfahren vorzubereiten, wie es sein solle. Hinter verschlossenen Türen wurde dann offenbar über Wege nachgedacht, wie das Verfahren auf andere Weise beendet werden könne. Eine Bewährungsstrafe im Falle eines Geständnisses von K. stand im Raum. Als sich der Angeklagte mit dieser Möglichkeit nicht einverstanden erklärte, wurde ausgesetzt.

Bonus auch noch in der Berufung?

Es ist kein Skandal, daß ein Verfahren ausgesetzt werden muß, weil der Richter wegen Überlastung ausnahmsweise nicht die Zeit gefunden hat, die Akten durchzuarbeiten. Es ist höchst unangenehm für die Zeugen, sehr wahrscheinlich mißbrauchte Kinder und Jugendliche, deren Gedanken womöglich schon viele Tage vor der Verhandlung um die Aussage vor Gericht kreisen. Kinder und Jugendliche, bei denen Traumata wieder aufgerissen werden könnten. Um solche Opfer zu schonen, gilt im deutschen Strafrecht ein ungeschriebenes Gesetz: Ist der Angeklagte geständig und erspart so den Opfern ein Auftreten vor Gericht, kann er im Urteil mit erheblichen Vergünstigungen rechnen. Häufig springt dann sogar eine Bewährungsstrafe für die Tüchtler heraus. Skandalös und widersinnig muß jedoch erscheinen, daß einem Angeklagten dieser Bonus auch in der zweiten Instanz gewährt wird, wenn in der ersten Verhandlung bereits alle Zeugen aufgetreten und sich an die sexuellen Übergriffe erinnern mußten. Dem Angeklagten bei derartig schwerwiegenden Vorwürfen eine Bewährungsstrafe anzubieten, hat mit Prozeßökonomie nichts zu tun. «Das Ergebnis muß stimmen», sagte kürzlich ein Staatsanwalt, nach einem Verfahren im Richterzimmer. Recht hat er gehabt, auch wenn doch eigentlich das Prinzip der Öffentlichkeit seit vielen Jahren in deutschen Gerichten heilig ist.

ba